

# Zwei Gemeinden entscheiden über «Kooperation Bern»

## Region Bern

Nachdem die Parlamente in Bern und Ostermündigen Ja gesagt haben zu Fusionsverhandlungen, beschliessen Kehrsatz und Frauenkappelen im März darüber, ob sie im Projekt «Kooperation Bern» weiter mitmachen wollen.

In Bern und Ostermündigen sprachen sich Ende 2020 beide Parlamente sehr deutlich für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen im Rahmen des Projekts «Kooperation Bern» aus. Als Grundlage diente eine Machbarkeitsstudie, an der sich die sechs Gemeinden Bern, Bolligen, Bremgarten, Kehrsatz, Frauenkappelen und Ostermündigen beteiligten. Bremgarten und Bolligen sind inzwischen ausgestiegen. In Kehrsatz und Frauenkappelen entscheiden die Stimmberechtigten an den beiden nächsten Wochenenden, ob sie weiter mitmachen und ebenfalls in Fusionsverhandlungen einsteigen sollen. In beiden Gemeinden findet die Abstimmung wegen Corona an der Urne und nicht im Rahmen einer Gemeindeversammlung statt.

Gleichzeitig hat die Projektleitung alle Gemeinden der Kernregion nochmals eingeladen, sich bis Ende März anzuschliessen. Danach wird das Zeitfenster geschlossen, damit der Projektfahrplan eingehalten werden kann. Bereits laufen auch die Vorarbeiten für die nächste Phase. Dabei werden



An der Grenze zwischen Bern und Frauenkappelen: zwischen Landwirtschaft und Autobahn. Peter Krebs

Zeitpläne erstellt, Organisationsformen diskutiert und Arbeitsprogramme skizziert.

Ende 2022 sollen dann der Fusionsvertrag und das Reglement vorliegen, damit im Juni 2023 die Frage eines Zusammenschlusses in den betroffenen Gemeinden zur Abstimmung gebracht werden kann. Der Meinungsbildung und

der Partizipation kommt in dieser Zeit laut der Projektleitung ein hohes Gewicht zu. Sofern die Fusion im Juni 2023 angenommen wird, erfolgt die Umsetzung auf den 1. Januar 2025.

### Vor der Abstimmung

Als erste der beiden noch unentschiedenen Gemeinden beschliesst am kommenden Wochenende vom

7. März Kehrsatz über die Aufnahme von Fusionsverhandlungen. Der Gemeinderat empfiehlt ein Nein. Zwar bringe er dem Anliegen gewisse Sympathien entgegen, aber es fehlten im Projekt weitere Vorortsgemeinden, argumentiert er in seiner Botschaft. Ebenso führt der Gemeinderat einen möglichen Verlust an Autonomie und Bürgernähe und die aktuell ange-

spannte Finanzlage ins Feld. Die beiden bürgerlichen Parteien FDP und SVP teilen diese Haltung. SP und Grüne setzen sich für Fusionsverhandlungen ein.

Auch in Frauenkappelen, wo die Abstimmung eine Woche später stattfindet, spricht sich der Gemeinderat für ein Nein aus. Noch könne die Gemeinde ihre öffentlichen Ämter besetzen, die Finanzlage sei nicht rosig, aber auch nicht beängstigend, zudem habe die Gemeinde funktionierende Zusammenarbeiten mit Nachbargemeinden. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung hätten gezeigt, dass Frauenkappelen nicht reif sei für solche Verhandlungen. Während die SVP diese Haltung unterstützt, setzen sich die SP und die FDP für ein Ja ein.

### Lebhafte Debatte

In beiden Gemeinden hat sich im Hinblick auf die Abstimmung eine lebhaftere öffentliche Debatte entwickelt. Es geht dabei auch um die Frage, ob Kehrsatz und Frauenkappelen eher dörflich bleiben oder Teil der Stadt werden wollen. Befürworterinnen und Befürworter machen unter anderem geltend, dass eine Fusion sich positiv auf die Qualität der Dienstleistungen auswirken würde und finanzielle Vorteile brächte. Ausserdem sei die Stadt für viele schon der Lebensmittelpunkt. Nachfolgend legen sechs Gegner und Befürworter ihre wichtigsten Argumente dar. *pd*

## Die Argumente der Befürworter und der Gegner

### Kehrsatz



**Pro:**  
**Judith Meister, Präsidentin Grüne**  
In unserer kleinen Gemeinde nahe der Stadt leben viele Bürgerinnen und Bürger ein städtisches Alltags- und Freizeitleben. Um den Ansprüchen bezüglich Dienstleistungen und Verwaltung gerecht zu werden, brauchen es die Fusion: Wir wollen professionelle Verwaltung und vielfältige, qualitativ gute

Dienstleistungen, z.B. bei der Förderung der Kinder im Vorschulalter oder in der Gestaltung des Angebots für Senioren. Auch zukünftige Investitionsprojekte wie «Kehrsatz Mitte» werden auf mehrere Schultern verteilt, das sorgt für stabile Finanzen und Planungssicherheit. Wir wollen durch die Fusion effizienter werden und uns auf die wichtigen Themen konzentrieren können: politische Mitbestimmung und aktives Gestalten unseres Gemeindelebens.



**Kontra:**  
**Hans Rudolf Mühlemann, Präsident SVP**  
Wenn es zu einer Fusion mit der Stadt Bern kommt, verlieren die bürgerlichen Parteien von Kehrsatz ihren politischen Einfluss. Kehrsatz hätte gerade mal zwei oder drei Sitze im Stadtrat. So rot-grün wie Bern tickt, hätten die SVP- und FDP-Politiker aus

unserem Dorf kaum mehr Chancen auf einen Sitz. Was uns auch Sorgen macht, ist die rot-grüne Verkehrspolitik der Stadt. Mit einer Fusion würden die Parkplatzbewirtschaftung und andere Rezepte auf Kehrsatz ausgedehnt. Als Turnvereinsleiter habe ich zudem Angst um unser Vereinswesen, das von der Nähe lebt und von unbürokratischer Unterstützung der Gemeinde. Eine Fusion mit der Stadt Bern kann schon wegen dem Grössenunterschied nicht gut gehen. Kehrsatz würde einfach geschluckt.



**Kontra:**  
**Michael Jost, Präsident FDP**  
Mit dem Rückzug von Bolligen und Bremgarten aus dem Fusionsabklärungsprojekt hat sich für uns die Ausgangslage geändert: Kehrsatz würde als einzige «kleine» Gemeinde am Verhandlungstisch mit der Stadt Bern und Ostermündigen sitzen, eventuell gesellt sich noch Frauenkappelen dazu.

Da ist die Gefahr gross, dass wir von den beiden Schwergewichten dominiert werden. Dazu kommt die angespannte Finanzlage von Kehrsatz. Die Fusionsverhandlungen würden uns 190000 Franken kosten, Geld das wir dringend für andere Projekte brauchen. Die FDP Kehrsatz ist offen für Kooperationen und verschliesst sich dem Thema Fusion nicht grundsätzlich. Jetzt ist aber nicht der richtige Zeitpunkt für Verhandlungen.



**Pro:**  
**Tobias Hauser, Präsident SP**  
Nicht der richtige Zeitpunkt, zu teuer, so argumentieren die bürgerlichen Parteien derzeit. «Falsch!», sagen wir von der SP. Genau jetzt bieten sich Fusionsverhandlungen an, noch ist Kehrsatz in einer guten Position. In ein paar Jahren wird der finanzielle Druck so gross sein, dass

nicht mehr auf Augenhöhe verhandelt werden kann. Auch andere Argumente der Gegner greifen zu kurz, etwa dass die Schulen Autonomie verlieren oder die Krankenkassenprämien steigen würden. Die Prämien mögen steigen, dafür sinken die Steuern auf 1.54, wie in der Stadt Bern. Bei den Schulen kennt Bern verschiedene Modelle und bietet mehr Möglichkeiten, so etwa bei Tagesschulen. Fusionsverhandlungen sind eine nachhaltige Zukunftsstrategie, als ein Bevölkerungswachstum von 30 Prozent anzustreben, ohne an die Folgekosten bei der Schulinfrastruktur zu denken.

### Frauenkappelen



**Pro:**  
**Werner Streit, FDP**  
Mit einem Ja zu Fusionsverhandlungen geht es darum, mögliche langfristige Perspektiven zu entwickeln. Entwickeln heisst loslassen und neue Möglichkeiten in Erwägung ziehen. Erst wenn ich diese Perspektiven kenne, kann ich einer Fusion zustimmen oder sie ablehnen. Der reale Lebens-

raum vieler Bürgerinnen und Bürger umfasst bereits heute die Region und die Stadt Bern. Die meisten im Dorf sind Pendler. Warum also nicht dereinst «unseren» Lebensraum (zum Beispiel den Westen von Bern) mitgestalten? Für öffentliche Ämter wird es immer schwieriger, geeignete Leute zu finden. Frauenkappelen kauft zudem sehr viele Leistungen wie Schule, Feuerwehr und Sozialdienst in den umliegenden Gemeinden ein. Faktisch sind wir schon heute nicht mehr zu 100 Prozent selbständig.



**Kontra:**  
**Fritz Blaser, Präsident SVP**  
Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Frauenkappelen verlieren bei einem Zusammenschluss einen grossen Teil ihrer Souveränität. Frauenkappelen würde zu einem Aussenquartier der Stadt Bern. Mitbestimmung wäre nur noch als Quartierverein möglich. Frauenkappelen will noch selber

über seine Schulen, über die Raumplanung und die Versorgung und Entsorgungen bestimmen. Mit der Politik der Stadt Bern sind wir nicht einverstanden. Die Finanzlage der Stadt Bern verschlechterte sich in den letzten vier Jahren so stark, dass die finanziellen Konsequenzen bei einem Zusammenschluss heute unklar sind.